

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large, bold, white 'AfD' logo is positioned in the bottom right corner. A red curved arrow, identical to the one in the smaller logo, is positioned below the 'D'.

Eine echte Alternative für die Landwirtschaft

Am 6. und 7. Oktober 2024 trafen sich die agrarpolitischen Sprecher der AfD-Bundestags- und Landtagsfraktionen, um über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft zu diskutieren. Gemeinsam wurde ein Zehn-Punkte-Programm beschlossen.

Es bestand große Einigkeit, dass die derzeitige EU-Agrarpolitik von Überregulierungen und Bürokratie geprägt ist. Da die Mitgliedstaaten die jeweiligen Vorgaben und Auflagen sehr unterschiedlich auslegen, kann von einer gemeinsamen Agrarpolitik eigentlich keine Rede sein. Den deutschen Betrieben entstehen durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in erster Linie große Wettbewerbsnachteile. Daher ist eine Renationalisierung der Agrarpolitik nur folgerichtig. Wir beabsichtigen, den landwirtschaftlichen Betrieben wieder mehr unternehmerische Eigenverantwortung zurückzugeben und die Bauernfamilien mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen wieder in die Lage zu versetzen, von ihrer eigenen Hände Arbeit leben zu können. Dazu gehören für uns vor allem ein umfangreicher Bürokratieabbau, die Sicherstellung bezahlbarer Energie, spürbare steuerliche Entlastungen, die Stärkung der Marktposition der Landwirte, die Förderung der regionalen Direktvermarktung, die Ausnahme vom Mindestlohn für ausländische Erntehelfer, die Einführung

gleicher Standards für Nahrungsmittelimporte sowie eine verbindliche Herkunftskennzeichnung. Zwar müssen die Nahrungsmittelproduktion und die Ernährungssicherheit weiterhin im Mittelpunkt der deutschen Agrarpolitik stehen, doch ist es zielführend, dass bestimmte Natur- und Umweltschutzmaßnahmen staatlich gefördert werden. Dabei setzen wir auf freiwillige Kooperation und Anreize statt auf die bisherige Verbotspolitik. Außerdem bekennen wir uns zur Tierhaltung in Deutschland, die mit die höchsten Haltungsstandards der Welt hat. Die Abschaffung der heimischen Nutztierhaltung, die von der derzeitigen links-grünen Politik vorangetrieben wird, ist mit uns nicht zu machen. Es wäre ein Bärendienst am Tierschutz, wenn wir die Tiere künftig fast ausschließlich aus dem Ausland importieren müssten, wo deutlich niedrigere Standards gelten.

Aufbauend auf diese Forderungen fand am 8. und 9. November 2024 das erste Agrarsymposium der AfD-Bundestagsfraktion statt. Unter dem Motto „Eine echte Alternative für die Landwirtschaft“ fanden sich mehr als hundert interessierte Gäste aus dem In- und Ausland zusammen, um intensiv über die drängendsten Herausforderungen in der deutschen Landwirtschaft zu debattieren.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protchka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protchkasposition



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln in Deutschland

Noch vor der Versorgung mit ausreichenden Mengen an preiswerter Energie steht die Versorgung mit genug Nahrungsmitteln, um die Bevölkerung zu ernähren. Im Zeitalter preiswerter Importe ist dieser Grundsatz leider in den Hintergrund getreten, aber jüngste Äußerungen der Minister und Appelle einiger Verbände aus dem landwirtschaftlichen Sektor geben Anlass zur Sorge.

Bekanntlich will die ökosozialistische Regierung neben Energie, Verkehr und Heizen auch in der Landwirtschaft die Wende. Begründet mit angeblich notwendigen CO₂ Reduktionen soll der Sektor umgebaut, transformiert werden. Im Bereich der Tierhaltung sollen die Bestände merklich ausgedünnt werden, die Landwirte sollen also wesentlich weniger Tiere halten dürfen. Die Folge wird ein massiver Rückgang der Produktion sein. Auch beim Landanbau soll der Ertrag aus der Fläche gesenkt und die Gesamtanbaufläche selbst ebenfalls reduziert werden. Dies geschieht durch die dann vorgeschriebenen ökologischen Anbaumethoden, die Zwangsstillegung von Flächen sowie die Renaturierung und Wiedervernässung von landwirtschaftlicher Anbaufläche. Auch der Anbau von Energiepflanzen für die Bioenergie statt für den Lebensmittelmarkt trägt seinen

Anteil an der Zerschlagung unserer Versorgungssicherheit bei. Als Folge werden starke Produktionsrückgänge eintreten.

All diese Entwicklungen werden von den zuständigen Ministern als nachhaltig bezeichnet. Dabei werden Sie im Ergebnis zu reduzierter Produktion, verstärktem Import, Verteuerung von Lebensmitteln im In- und Ausland sowie zur weiteren Verknappung von Nahrung auf den bereits angespannten Weltmärkten mit einer Ausweitung des globalen Hungers führen.

Dies wurde bei meinem Arbeitsbesuch in Rom von internationalen Organisationen (IFAD, WFP, FAO) angemerkt. Diese wollen, eben aus Gründen der Nachhaltigkeit eine erhöhte Nahrungsmittelproduktion in allen Ländern, um eben auch den Druck auf die Versorgungssysteme in den ärmsten Nationen zu verhindern. Die deutsche Transformation ist also nicht nur teuer, wirtschafts- und industrie-feindlich, sie verteuert global Lebensmittel und führt zu mehr Hunger in der Welt. Die Misswirtschaft der grünen Ökosozialisten bedroht also nicht nur Deutschland, sondern ist auch die Weltbevölkerung mit einer Ideologie der dringend, durch eine starke Opposition in Form der AfD Einhalt geboten werden muss.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss
- Stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Obmann im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

CDU/CSU schadet Verteidigungsindustrie in Deutschland

Eine starke nationale Verteidigungsindustrie ist elementarer Bestandteil staatlicher Souveränität und territorialer Unverletzlichkeit. Aufgabe eines Staates ist, seine Bürger und die kritische Infrastruktur durch verteidigungsbereite Streitkräfte zu schützen.

Das haben alle anderen Staaten verstanden und unterstützen die eigene, wehrtechnische Industrie nach Kräften.

Nach Jahren der Vernachlässigung unter Verteidigungsministern der Union hat die CDU/CSU mittlerweile auch erkannt, dass eine leistungsfähige Rüstungsindustrie mit ausreichender Planungssicherheit und verlässlicher Exportpolitik für Freiheit und Wohlstand in Deutschland unverzichtbar ist. Mit einem Antrag zur Stärkung der nationalen Verteidigungsindustrie wollte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag deshalb kürzlich aus dem Schatten ihrer Ex-Kanzlerin Angela Merkel heraustreten. Und dass, obwohl sie seit Jahren - auch unter Fraktionschef Friedrich Merz - allen unseren AfD-Anträgen auf Förderung und Erhalt einer leistungsfähigen, wehrtechnischen Industrie in Deutschland und einer Sicherung von Wertschöpfungsanteilen für nationale Unternehmen bei Rüstungsaufträgen im Ausland die Zustimmung verweigert.

Nun könnte man sagen „Besser späte Einsicht, als nie.“ Wer nun aber glaubt, einen Politikwechsel in Deutschland durch ein Kreuz für die angeblich „geläuterte“ CDU/CSU herbeiführen und dadurch die Verteidigungsmisere beenden zu können, wird sicher schnell eines Besseren belehrt werden. Denn schon jetzt zeigt die Union, dass sie lieber ein „Weiter so“ an der Seite von Links-Grün in Kauf nimmt, als das zu tun, was dringend notwendig wäre: nämlich keine Zeit zu verlieren und sofort zusammen mit der AfD vernünftige, mehrheitsfähige Politik zu machen.

Aus Angst, die AfD könnte zustimmen, hat die CDU/CSU-Fraktion dann doch schnell ihren eigenen Antrag wieder von der Tagesordnung genommen.

Damit trägt die Union wissentlich und zum Schaden für die Sicherheit unseres Landes dazu bei, dass die deutsche wehrtechnische Schlüsselindustrie im Kampf gegen Bürokratie, Intransparenz bei Exportgenehmigungen und fehlende Planungssicherheit auch nach dem Aus der Ampel weiter wichtige Zeit im internationalen Wettbewerb und beim Anschluss an Technologieentwicklungen in den USA, in Asien und in Israel verliert.

(Straf)Recht von links macht alles nur schlimmer

In Umfragen taucht es je nach Fragestellung immer wieder auf: Neben der Massenzuwanderung beunruhigt die Bürger vor allem eines: Die eigene Sicherheit, bzw. deren Abrutschen nach unten. Ein guter Indikator, dass dort ins Schwarze getroffen wird, ist auch, mit welcher Vehemenz links-grüne Akteure die Sicherheitslage beschönigen und leugnen.

Nachdem der Präsident des Bundeskriminalamts Münch sich nun geläutert gibt und die Lage endlich als deutschlandweit angespannt bezeichnet, kommt etwas Hoffnung auf. Abschiebungen nach Syrien werden nun sogar befürwortet, nachdem im eigenen Bericht 25 Sexualstraftaten durch Flüchtlinge pro Tag ans Licht kamen. Die Union wird im Wahlkampf wieder das Blaue vom Himmel versprechen, aber Messerverbote an bayerischen Bahnhöfen zum Beispiel sind genauso peinlich wie das rasierte Sicherheits-Paket von Nancy Faeser. Immer wieder habe ich betont, dass das deutsche Strafrecht in der Praxis derart schwach geworden ist, dass „hartgesottene“ Zeitgenossen aus gescheiterten Ländern bei uns keinerlei Respekt mehr davor haben. Während Habeck und Baerbock ganze Landeskriminalämter in Marsch setzen, wenn sie (mäßig) im Internet beleidigt werden, ist Abschreckung und Fahndungsdruck bei Raub, Körper-

verletzung und Sexualdelikten kaum vorhanden. Bei Tötungsdelikten auch auf dem absteigenden Ast. Die Union versucht schon lange z.B. die Vorratsdatenspeicherung (Internet, Telefon) gegen die Ampel durchzudrücken. Sie hat eine Version davon sogar in einem Gesetz zur Vererbung von Bauernhöfen zu verstecken versucht(!). Wichtig ist dies deshalb, weil auch die AfD sich fragen muss: Will man die Freiheit des Einzelnen höher ansetzen als Fahndungsdruck auf (oft migrantische) Täter? Ist es in Ordnung, dass selbst Komaprüglter erst nach einem halben Jahr öffentlich mit Kameramaterial gesucht werden, weil man erst vorher alles andere versuchen muss (Datenschutz, Persönlichkeitsrecht)? Wir müssen weg von einem System, das seine Kritiker härter verfolgt und bestraft als Gewalttäter. Linkes Denken kreist bekanntlich viel zu sehr um den Schutz eigener Gedankenwelten. Das Antidot dagegen ist aber nicht automatisch liberaler Natur. Wir müssen uns endlich auf den Schutz der eignen Leute besinnen. Kompromisse sind nicht immer möglich.



Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Symposium der AfD-Bundestagsfraktion zur Zukunft der deutschen Landwirtschaft

Am 8. und 9. November 2024 haben sich 100 Gäste aus dem In- und Ausland zum Landwirtschaftssymposium im Bundestag in Berlin eingefunden, um gemeinsam über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft zu debattieren. Ich nutzte die Gelegenheit die Veranstaltung zu moderieren. Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel hatte das Symposium offiziell per Videobotschaft eröffnet. Es war ihr ein Anliegen, da auch heimische Obstbauern aus dem Bodensee-kreis mit dabei waren.

Wir haben versucht die Bauernproteste gemeinsam aufzuarbeiten, schließlich waren im Symposium Bauern dabei, die mehr als vier Tage mit dem Traktor nach Berlin unterwegs waren. Alternative Möglichkeiten zur Ernährungssicherheit wurden in Impulsvorträgen debattiert. Souverän ist ein Land nur, wenn es seine Bürger zu jeder Zeit ausreichend mit guten Lebensmitteln versorgen kann. Unsere Ernährungssicherheit ist längst in Gefahr. Hitzige Diskussionen gab es auch zwischen den Vertretern des Deutschen Bauernverbandes und weiteren alternativen, landwirtschaftlichen Verbänden.

Auch die Renationalisierung mit weitreichenden Deregulierungen der Agrarförderung wurde auf die Tagesordnung gebracht und scharf disku-

tiert. Festgefahrene Preis- und Qualitätsstandards von Lebensmitteln wurden besonders von den Obstbauern an den Pranger gestellt.

Gemeinsame Lösungen für unsere Bauern nach den Neuwahlen zu finden, das war unser primäres Ziel. In einem Zehn-Punkte-Plan haben wir Lösungsansätze formuliert, Änderungen die nach einem Regierungswechsel dringend umgesetzt werden sollten.

Mit diesem ersten Agrarsymposium setzen wir ein starkes Zeichen für die Zukunft unserer deutschen Bauern.



Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

- Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch- Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

 peter.felser@bundestag.de

 [@peter_felser](https://www.instagram.com/@peter_felser)

 [@PeterFelser](https://twitter.com/@PeterFelser)

 [@peterfelser_mdb](https://www.tiktok.com/@peterfelser_mdb)

 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

 www.peterfelser.de

Die Angst der CDU vor einer Mehrheit

Das Streben nach einer parlamentarischen Mehrheit ist ein wesentliches Merkmal einer Demokratie und einer demokratischen Partei. Vor diesem Hintergrund scheint es absurd, wenn eine Partei Angst davor hat, eine Mehrheit zu bekommen. Vielleicht, weil sie ihre Anträge und Gesetzesvorhaben gar nicht ernsthaft umsetzen will. Ganz sicher aber, weil sie Angst vor fallenden Brandmauern hat. Könnten ja den ängstlichen Parteivorsitzenden erschlagen

Genau das ist jetzt bei der CDU zu beobachten. Und noch erstaunlicher ist, dass der Fraktionsvorsitzende Merz das auch klar so sagt: „Ich möchte, dass wir jetzt nur noch die Dinge auf die Tagesordnung setzen, die wir vorher im Konsens zwischen Opposition und restlicher Regierung vereinbart haben – um uns alle, die Regierung und uns, davor zu bewahren, dass wir plötzlich Zufallsmehrheiten im Saal mit der AfD oder mit den Linken haben. Ich will das nicht.“

Die durch den Zerfall der Ampelregierung möglich gewordene bürgerliche Mehrheit ist also nicht gewollt – egal, was die deutschen Wähler wollen. Friedrich Merz will es halt nicht. So verspielt er leichtfertig die Chance, die Asyl-Migration durch Rückweisungen an der Grenze zu stoppen, die Steuern

für Bürger und Unternehmen schnell zu senken, Heizungsgesetz und Lieferkettengesetz abzuschaffen. Und vor allem: die Energiepreise zu senken und die Wirtschaft schnellstmöglich anzukurbeln. Ist er erst einmal Kanzler, wird er vieles davon nicht mehr können. Denn dann werden SPD oder Grüne wieder mitregieren.

Angekündigt hat Merz bereits, dass er die Atomkraftwerke nicht wieder anfahren will. Stattdessen sollen Wind- und Solarkraft weiter ausgebaut werden. Er ist halt ein wahrer Ersatz-Scholz, der keinen echten Politik-Wechsel will. Stattdessen will er Kanzler Scholz in der Ukraine-Unterstützung sogar noch übertreffen: es wird also noch einmal teurer für die deutschen Bürger. Und gefährlicher! Merz will Putin ein Ultimatum stellen: Dieser soll aufhören die Zivilbevölkerung zu bombardieren, sonst werden die Reichweitenbegrenzungen der gelieferten Waffen aufgehoben und Taurus-Systeme geliefert.

Wir sind sicher: Politik, die die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stellt, wird es nur mit einer AfD-Regierung geben.

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Angeordneter Stillstand im Parlamentarischen Betrieb

Anfang November wurde ich in der Fraktionssitzung als stellv. Mitglied in den Ausschuss Verkehr nachgewählt. Somit belege ich nun als Hauptmitglied den Ausschuss Petitionen und als stellvertretendes Mitglied die Ausschüsse Digitales und Verkehr.

Aufgrund von Bearbeitungsstau und der kommenden Sitzungsausfälle wegen Neuwahlen im Jahr 2025 sollten in einer Sondersitzung des Ausschuss Petitionen Mitte November zusätzlich zu den üblichen 30 Petitionen in einer Sondersitzung weitere 60 Petitionen behandelt werden. Wie Sie alle wissen, kam alles anders. In der normalen Sitzung am Mittwoch wollte die Union nach Gutsherren-Manier alle Petitionen streichen. Es war einer kleinen „Aserbaidschan-Koalition“ aus „Blau“, „Rot“ und „Grün“ zu verdanken, dass sie nur verschoben und nicht aufgehoben wurden. Auf weitere Details zu den Folgen des Ampel-Aus will ich hier nicht eingehen, sie sind jetzt weithin bekannt.

Eine aktuell vorgelegte Petition will ich hier trotz allem erwähnen. Bei der aktuellen Gesetzesvorlage „zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen“ wird gefordert, Schutz-zonen, z.B. in den Städten und in Naturschutzgebieten zu berücksichtigen, die frei sind von jeglichen Elektromagneti-

schen Frequenzen zum Schutz von Menschen mit Elektrohypersensibilität. Der Gesetzesentwurf war Ende September in erster Lesung im Plenum und sollte nach Beratung in den Ausschüssen in den kommenden Wochen verabschiedet werden (???). Viele Studien bestätigen allerdings einen Einfluss von kurzweiliger Strahlung auf die Gesundheit von Mensch und Tier, so die Petentin. Die Einrichtung solcher Schutz-zonen hätte m.E. den Charme, dass es auch in Zukunft immer Schlupflöcher gäbe gegen lückenloses Tracking. Immerhin wollen wir keinen Orwellschen Überwachungsstaat. Die digitale ID für alle ist auf dem Weg, wir fordern deren Freiwilligkeit! Die digitale Patientenakte ist für 2025 geplant – widersprechen Sie dieser noch vor Jahresende! Der Digitale Euro soll auf Dauer das Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel ersetzen und kann in Verbindung mit der digitalen ID für „Social Scoring“ und Ent-eignung eingesetzt werden. Testpha-sen für CBDC werden in 2025 laufen – wir wollen keinen zentralen Digitaleuro!

Ihre Meinung zum Thema Digitalisierung und flächendeckenden Netzausbau würde mich interessieren! Schreiben Sie mir gerne: manfred.schiller@bundestag.de

Manfred Schiller, MdB

Wahlkreis 235 Weiden

-  /manfred.schiller.afd
-  /Manfred.Schiller.AfD
-  www.manfred-schiller.de
-  t.me/MANFREDSCHILLERAFD
-  /ManfredAfD
-  /@manfred.schiller.afd

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**